

EUROPÄISCHES PARLAMENT  
ASP 12 G 342  
B-1047 BRÜSSEL  
TEL: +32 2 284 5191  
FAX: +32 2 284 9191  
Email: [erika.mann@europarl.europa.eu](mailto:erika.mann@europarl.europa.eu)



Erika Mann



EUROPABÜRO  
ODEONSTR. 15/16  
D-30159 HANNOVER  
TEL: +49 511 1674 268  
FAX: +49 511 1674 263  
[Europabuero-erika.mann@spd.de](mailto:Europabuero-erika.mann@spd.de)

---

## Newsletter Juli 2007

Liebe Leserinnen und Leser,

und wieder einmal erhalten Sie meinen aktuellen Newsletter, der einen kurzen Überblick über einige wichtige politische Ereignisse gibt. In eigener Sache möchte ich Sie darauf hinweisen, dass seit einigen Tagen meine überarbeitete Homepage [www.erikamann.com](http://www.erikamann.com) online ist.

Eine anregende Lektüre und eine erholsame Sommerpause wünscht Ihnen

Ihre Erika Mann

## Reformen in die Wege geleitet

Der Europäische Rat konnte sich auf seiner Tagung vom 21. -23. Juni nach langen Diskussionen auf Eckpunkte eines so genannten „Reformvertrags“ verständigen. Über die wesentlichen Vereinbarungen möchte ich Sie kurz informieren:

Am 22. Juli beginnt eine mehrmonatige Regierungskonferenz, die vor allem weitere technische Details klären soll. Die dort ausgearbeiteten Vertragsänderungen sollen 2009 in Kraft treten. Nach 2009 soll der Europäische Rat für jeweils zweieinhalb Jahre von einem Präsidenten geleitet werden. EU-Kommission und europäisches Parlament sollen, anders als in der Verfassung vorgesehen, keine erweiterten Zuständigkeiten in der Außenpolitik bekommen. Der ursprünglich geplante "Außenminister" der EU soll weiterhin „Hoher Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik“ heißen. Damit soll die bisherige Doppelzuständigkeit von Ministerrat oder Kommission in der Außenpolitik beseitigt werden, die Arbeit in diesem Bereich soll dadurch effizienter werden.

Ebenfalls zu größerer Effizienz soll das neue Abstimmungssystem im Ministerrat beitragen. Das Prinzip der so genannten „doppelten Mehrheit“ soll allerdings erst ab dem Jahr 2014 gelten. Bis 2017 können sich Staaten zudem in Streitfällen noch auf den jetzt geltenden Vertrag von Nizza berufen. Bei der doppelten Mehrheit gelten künftig Beschlüsse als angenommen, wenn 55 Prozent der Staaten einem Beschluss zustimmen, und diese Staaten mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren.

Das Europäische Parlament soll mit erweiterten Kompetenzen ausgestattet werden und soll künftig gleichberechtigt neben dem Ministerrat über den EU-Haushalt entscheiden. Auch die nationalen Parlamente sollen größere Einflussmöglichkeit erhalten, indem sie innerhalb von acht Wochen nach Veröffentlichung eines Vorschlags gegen beabsichtigte Rechtsakte Einspruch erheben können, wenn sie der Ansicht sind, dass diese Vorhaben die nationale Zuständigkeit verletzt.

Erstmals soll auch die Zusammenarbeit nur eines Teils der Mitgliedstaaten möglich werden. In der Justiz- und Polizeizusammenarbeit sollen Mitgliedstaaten in bestimmten Bereichen aussteigen können, wenn sie eine Zusammenarbeit nicht unterstützen. Ebenfalls neu ist die Möglichkeit des freiwilligen Austritts eines Staates aus der EU.

Die Grundrechtscharta soll auch künftig nicht Teil der Verträge sein. Durch einen Verweis auf die Charta im Vertragstext allerdings soll sie aber für alle Staaten außer Großbritannien (dessen Regierung dies kategorisch ausschließt) bindend sein.

Mehr Informationen darüber finden Sie auch auf der Internetseite [www.erikamann.com](http://www.erikamann.com)

## Portugal übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft

Mit einer gemeinsamen Arbeitssitzung der Mitglieder der portugiesischen Regierung sowie der Europäischen Kommission am 2. Juli startete offiziell die portugiesische Ratspräsidentschaft. Zu den wesentlichen Vorhaben der Regierung von Premierminister José Sócrates zählen die weiteren Verhandlungen über die Reform der EU und ein stärkerer Fokus auf südliche Staaten. Noch in diesem Jahr soll ein EU-Afrika Gipfel stattfinden. Zusätzlich soll mit Brasilien ein strategisches Abkommen abgeschlossen werden. Diesen Beschluss sieht Erika Mann als nicht sinnvoll an, da Brasilien ein ausgesprochen schwieriger Partner ist. Strategische Partnerschaften mit großen Staaten gelingen selten, wie man dies am Beispiel Russland gut sehen kann.

<http://www.eu2007.pt/UE/vEN/>

### PORTUGAL:

*Das Land hat knapp elf Millionen Einwohner und trat 1986 der EU bei. Immer noch gilt Portugal als ein europäisches "Sorgenkind". Trotz enormer finanzieller Unterstützung gelang es kaum, den Rückstand zum mittleren EU-Lebensstandard aufzuholen. Portugiesen leben nach wie vor deutlich unterhalb des europäischen Wohlstandsschnittes (ca. 2/3 des Durchschnitts). Das Land ist das Schlusslicht der früheren EU-15 Staaten und wurde bereits von Tschechien überholt. Milliarden schwere Prestigeprojekte wie die Expo (1998) oder die Fußball-EM (2004) sorgten dafür, dass der portugiesische Staatshaushalt aus den Fugen geriet. Notwendige Investitionen im Bildungssystem wurden vernachlässigt, weswegen Portugal in Sachen Wettbewerb und Produktivität im EU- Vergleich weiter abfällt.*

## Europäisches Parlament

### CARS 21-Stellungnahme von Erika Mann

Am Montag, dem 16. Juli hat der Ausschuss für Internationalen Handel (INTA) über eine Stellungnahme von Erika Mann zu dem Bericht „CARS-21“ diskutiert. In dem Bericht, der federführend im Industrieausschuss behandelt wird, geht es vor allem um die Schaffung eines Rahmens für eine wettbewerbsfähige Automobil-

industrie. Erika Mann betont, dass die Kommission in den zurzeit laufenden bilateralen Freihandelsabkommen darauf verstärkt achten muss, dass gleichwertige Bedingungen im Marktzugang in Drittstaaten für europäische Unternehmen gewährleistet sind.

Weitere Informationen können Sie in Kürze auf der Website [www.erikamann.com](http://www.erikamann.com) finden.

## Liberalisierung der Postmärkte

Das Europäische Parlament hat am 11. Juli mit großer Mehrheit eine Verschiebung der Öffnung der europäischen Postmärkte auf Ende 2010 beschlossen. Die neuen EU-Mitgliedstaaten und solche mit extremer Rand- oder Insellage können diese Frist um zwei Jahre verlängern. (siehe auch Newsletter Mai und Juni 2007)

## Gas- und Elektrizitätsbinnenmarkt

Das Europäische Parlament hat am 10. Juli weitere Anstrengungen bei der Schaffung eines gemeinsamen Energiemarktes gefordert. Bei der Abstimmung spielte dabei insbesondere die eigentumsrechtliche Entflechtung der Strommärkte eine Rolle. Der verabschiedete Kompromiss hat zur Folge, dass Stromkonzerne künftig nicht gleichzeitig auch die Inhaber des Stromnetzes sein dürfen. Damit sollen u.a. wettbewerbsrechtliche Verzerrungen beseitigt werden. Das so genannte "Unbundling" war jedoch nicht unumstritten und auch alternative Modelle wurden in Betracht gezogen. Um den Erdgasbinnenmarkt zu vollenden müssen außerdem noch spezifische Lösungen gefunden werden. Das EP fordert zudem, dass regulierte Tarife und Subventionen für nicht erneuerbare Energien abgeschafft werden und die Unterstützung für nationale Energieriesen eingestellt wird.

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/051-8948-190-07-28-909-20070706IPR08896-09-07-2007-2007-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/051-8948-190-07-28-909-20070706IPR08896-09-07-2007-2007-false/default_de.htm)

## Durchführung des 1. und Einigung über das 3. Eisenbahnpaket

Am 12. Juli hat das Europäische Parlament den Bericht über die Durchführung des 1. Eisenbahnpaketes angenommen. In diesem wird betont, dass es weder zu einer nachhaltigen Wiederbelebung des Schienenverkehrs noch zur spürbaren Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene gekommen ist. Als Begründung wird die u.a. die Bevorzugung des Straßenverkehrs z.B. bei der Finanzierung der Infrastruktur angeführt. Diese Entwicklung ist aus Sicht des Parlaments unbefriedigend. Das Parlament fordert die Kommission auf, gegen die Mitgliedstaaten rechtliche Schritte einzuleiten, die das erste und/oder das zweite Eisenbahnpaket noch nicht umgesetzt haben.

Noch unter der deutschen Ratspräsidentschaft konnten sich Ende Juni der Ministerrat und das Europäische Parlament über das 3. Eisenbahnpaket einigen. Somit werden ab 1. Januar 2010 grenzüberschreitende Bahnverbindungen für den Wettbewerb geöffnet. Spätestens zwei Jahre nach Inkrafttreten der Richtlinie (2009) muss die Kommission prüfen, ob auch inländische Dienste liberalisiert werden sollen. Für Zugführer werden einheitliche Befähigungsausweise ausgestellt. Innerhalb von 18 Monaten nach Inkrafttreten der Richtlinie überprüft die Europäische Eisenbahnagentur, ob auch für weiteres Zugpersonal solche Bescheinigungen erforderlich sind. Für alle Bahnpassagiere gelten Mindestnormen wie Haftungsregeln und Zugang für Behinderte. Nur für grenzüberschreitende Linien sind jedoch Rechte ähnlich wie bei Flugpassagieren vorgesehen. Dies ist jedoch für inländische Langstreckenfahrten innerhalb von fünf Jahren zu überprüfen.

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/062-7943-169-06-25-910-20070618IPR07942-18-06-2007-2007-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/062-7943-169-06-25-910-20070618IPR07942-18-06-2007-2007-false/default_de.htm)

## Die künftige EU-Meerespolitik: eine europäische Vision für Ozeane und Meere

Das Europäische Parlament hat am 12. Juli den Bericht über die künftige EU-Meerespolitik mehrheitlich angenommen. Dieser betont, dass der Klimawandel mittlerweile die größte Herausforderung für die Meerespolitik ist. Es wird eine Kombination von Schutz der Meeresumwelt und einer intelligenten Nutzung der Meere gefordert. Eine saubere und artenreiche Meeresumwelt, die das richtige Funktionieren ihres Ökosystems gewährleistet, sei für Europa von grundlegender Bedeutung, heißt es in dem Bericht.

Als Reaktion auf den Klimawandel sollen z.B. Niedersachsens Deiche um 25 Zentimeter aufgestockt werden.

[http://www.umwelt.niedersachsen.de/master/C38685806\\_N11281\\_L20\\_D0\\_I598.html](http://www.umwelt.niedersachsen.de/master/C38685806_N11281_L20_D0_I598.html)

Darüber hinaus ist vor allem für Niedersachsen mit seinen zahlreichen Häfen und dem zukünftigen Tiefwasserhafen bei Wilhelmshaven bei der Zunahme des Überseeischen Handels die zukünftige europäische Meerespolitik von großer Bedeutung.

*Daher kommt auf Einladung von Erika Mann der Leiter der „Task-Force Maritime Policy“ John Richardson im September nach Norddeutschland.*

## Europäisches Technikforschungsinstitut

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie hat am 9. Juli über die Errichtung eines Europäischen Technikforschungsinstituts abgestimmt. Das so genannte "European Institute of Technology" (EIT) soll nach dem Willen der Europäischen Kommission die Europäische Technikforschung voranbringen.

Während viele Europapolitiker das EIT begrüßen steht Erika Mann diesem Vorhaben skeptisch gegenüber: "Ich halte es für ausgesprochen wichtig, dass wir in Europa Vorreiter sind im Bereich der Spitzentechnologie und der damit verbundenen Forschung. Ein Europäisches Institut jedoch von Grund auf neu zu gründen ist aus meiner Sicht nicht nötig. Überall in Europa gibt es zahlreiche ausgezeichnete Universitäten und Forschungsstätten, die bereits heute auf höchstem Niveau Technikforschung betreiben. Man sollte besser dieses Potenzial nutzen und durch gezielte Förderung weiter ausbauen, als ein neues Institut zu schaffen. Allein die Forschungslandschaft in Niedersachsen, beispielsweise in Braunschweig, Göttingen, Hannover oder Clausthal Zellerfeld könnte durch eine gezielte Unterstützung in bestimmten Spitzenbereichen schnell zu den gewünschten Ergebnissen beitragen."

Die Europäische Kommission hatte nach längerer Diskussion im November vergangenen Jahres den Vorschlag zur Errichtung des EIT an das Europäische Parlament und den Rat weitergeleitet. In den nächsten Monaten werden beide Institutionen darüber beraten und abstimmen müssen.

Mehr Informationen dazu finden Sie in Kürze auf der Internetseite: [www.erikamann.com](http://www.erikamann.com)

## Kennzeichnung von Chemikalien nach UN-Standards

Das EU-System für die Einstufung chemischer Stoffe und Gemische soll an das GHS (Globally Harmonised System) der Vereinten Nationen angeglichen werden. Auf Vorschlag der Kommission sollen diese Einstufungskriterien und Kennzeichnungselemente in eine neue EU-Rechtsvorschrift aufgenommen werden finden. Damit würden die geltenden Richtlinien 67/548/EWG und 1999/45/EG) ersetzt werden. Die weltweite Harmonisierung der Vorschriften geht mit der Einführung neuer Piktogramme einher. Dadurch würden Handelsbarrieren abgebaut – ein Vorteil auch für niedersächsische Firmen.

Der Vorschlag muss nun vom Europäischen Parlaments und dem Rates beraten werden. Ab dem 1. Dezember 2010 sollen dann alle Stoffe und ab dem 1. Juni 2015 alle Gemische neu eingestuft werden.

*Neben der Kennzeichnung von Chemikalien werden im EP derzeit auch der Import und Export von gefährlichen Chemikalien behandelt. Erika Mann hat hierzu eine Stellungnahme des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) verfasst, über die am 17. Juli im zuständigen Ausschuss diskutiert wird. Hierzu erhalten Sie in Kürze weitere Informationen.*

## Kommunales

### Neubau der Hochspannungsleitung - Erika Mann schaltet sich ein

Seit mehreren Monaten wird in Niedersachsen über den Bau neuer Hochspannungsleitungen gestritten. Eine der so genannten KV-380 Leitungen soll quer durch Niedersachsen von Wahle in das hessische Mecklar verlaufen um unter anderem Strom aus Off-shore Anlagen in der Nordsee und aus einem neuen Kohlekraftwerk in die Gebiete zu transportieren, in denen der Strom verbraucht wird. Zahlreiche Bürgerinitiativen haben sich formiert, um den Bau der Leitung zu verhindern.

Erika Mann hat am 12. Juli bei der Europäischen Kommission eine schriftliche Anfrage gestellt, in der sie um Stellungnahme der Kommission zum Neubau von Hochspannungsleitungen bittet.

"Verschiedene Strategien der Kommission beschäftigen sich mit Energieeffizienz, Versorgungssicherheit oder auch mit dem Schutz kritischer Infrastrukturen, zu denen auch Stromleitungen zählen. Ich möchte von der Kommission wissen, ob der Bau von neuen Hochspannungsleitungen mit den europäischen Zielen vereinbar ist" erläutert Erika Mann den Hintergrund ihrer Anfrage. Bei der Leitung des Stroms über Hochspannungsleitungen ginge beispielsweise ein signifikanter Anteil des Stroms verloren, was offensichtlich nicht dem Ziel hoher Energieeffizienz entspräche, so Erika Mann weiter. Was die Sicherheit von KV-380 Leitungen etwa bei Naturkatastrophen angehe, sei sie gespannt auf die Antwort der Kommission auf die Frage, ob nicht die Erdverkabelung unter diesem Gesichtspunkt eine gute Alternative zur Freileitung darstelle.

Die Kommission hat nun sechs Wochen Zeit, um auf die Anfrage Mann's zu reagieren. Die Antwort des zuständigen Kommissars Andris Piebalgs könnte auch die weitere Diskussion in Niedersachsen beeinflussen.

## Deutschland wurde mangels Ausschreibung von Rettungsdiensten verklagt

Deutschland wird vor dem Europäischen Gerichtshof von der EU-Kommission verklagt, weil kommunale und regionale Behörden u. a. in Niedersachsen Aufträge für Rettungsdienste ohne transparente Vergabeverfahren erteilen. Die deutschen Behörden haben eingeräumt, dass diese Aufträge nach gängiger Praxis im Zuge von Verfahren erteilt würden, die dem EU-Recht nicht genügen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/920&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## Umwelt

### LIFE+ -VERORDNUNG tritt in Kraft

Am 12. Juni ist die LIFE+ -Verordnung ((EG) Nr. 614/2007) in Kraft getreten. Damit ist das Umweltförderprogramm LIFE+ offiziell gestartet. Das Programm stellt für die Jahre 2007 bis 2013 insgesamt 21.9 Milliarden Euro zur Verfügung, eine erste Antragsrunde soll noch im Herbst 2007 starten. Die Förderung wird drei Teilbereiche umfassen: „Natur und biologische Vielfalt“, „Umweltpolitik und Verwaltungspraxis“ sowie „Information und Kommunikation“. Durch LIFE+ finanzierte Projekte sollten zur Verwirklichung der spezifischen Ziele mehrerer dieser drei Teilbereiche beitragen können, mehrere Mitgliedstaaten einbeziehen können und zur Entwicklung strategischer Ansätze zur Erfüllung der Umweltziele beitragen können.

<http://ec.europa.eu/environment/life/funding/lifeplus.htm>

## Beschäftigung

### Erhebliche Unterschiede bei Mindestlöhnen in Europa

Im Januar 2007 waren in 20 der 27 Mitgliedstaaten der EU gesetzliche Mindestlöhne in Kraft. Die Spanne reichte von 92€ pro Monat in Bulgarien bis hin zu 1.570€ pro Monat in Luxemburg.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/07/85&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

#### *Deutsche Debatte:*

*Am 18. Juni verständigten sich die Koalitionsspitzen auf einen Kompromiss, wonach mehrere Branchen in das Entsendegesetz aufgenommen werden sollten. Die SPD konnte sich somit gegenüber CDU und CSU mit der Forderung nach einem generellen Mindestlohn nicht durchsetzen. Daher wird die SPD-Forderung nach einem allgemeinen Mindestlohn im Oktober mit einem Parteitagebeschluss untermauert werden.*

### Flexicurity – Flexibilität durch Sicherheit

Am 27. Juni 2007 ist die Mitteilung „Zu gemeinsamen Grundsätzen von Flexicurity: Mehr und bessere Arbeitsplätze durch Flexibilität und Sicherheit“ von der EU-Kommission angenommen worden. Damit soll ein Beitrag zur Modernisierung des Arbeitsmarktes und zur Bewältigung der Herausforderungen der Herausforderungen der Globalisierung geleistet werden. Die Mitteilung schlägt gemeinsame Grundsätze für das Konzept der Flexicurity vor, das ein möglichst hohes Maß an Sicherheit und Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt miteinander in Einklang bringen soll. Hervorgehoben wird, dass es aufgrund der unterschiedlichen Arbeitsmarktsituation in der EU keine Einheitslösung gebe.

[http://ec.europa.eu/employment\\_social/news/2007/jun/flexicurity\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/employment_social/news/2007/jun/flexicurity_en.pdf)

## Übertragbarkeit von Betriebsrentenansprüchen

Das Europäische Parlament hat am 20. Juni 2007 in erster Lesung mit deutlicher Mehrheit den Bericht zur „Verbesserung der Portabilität von Zusatzrentenansprüchen“ angenommen. Der Richtlinienvorschlag sieht EU-weite Mindestanforderungen für den Erwerb und Erhalt von Betriebsrentenansprüchen vor.

Nachdem der Richtlinienvorschlag im Ministerrat am 31. Mai 2007 am Prinzip der Einstimmigkeit gescheitert war, ist das Europäische Parlament dem Rat noch einmal in einzelnen Punkten entgegen gekommen, wie bspw. bei der Gleichbehandlung ruhender Anwartschaften. Die Mitgliedstaaten können selbst entscheiden, wie sie diese sicherstellen: Sei es durch eine gleiche Wertentwicklung, nominale Festlegung oder garantierte Verzinsung, sei es durch eine Anpassung an die Inflationsrate bzw. das Lohnniveau oder sei es in Form einer Wertanpassung durch Tarifverträge.

In Deutschland müssen Arbeitnehmer mindestens 30 Jahre alt sein, um Betriebsrentenansprüche erwerben zu können. Ferner müssen sie dem Betrieb dann noch mindestens 5 Jahre angehören, um die Unverfallbarkeit ihrer Ansprüche zu erreichen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2007-0269+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## Allgemeines

### Vertrauen in die EU in Deutschland stark angestiegen

Die Europäische Union hat ihre Vertrauenskrise überwunden, das ergab die aktuelle Eurobarometer-Umfrage für Deutschland, die am 12. Juli in Berlin präsentiert wurde.

Unterschiede gibt es aber zwischen Ost und West: im Osten Deutschlands ist das Vertrauen in die EU deutlich weniger ausgeprägt als im Westen der Republik. Demnach glauben 45 Prozent der Westdeutschen, dass ihre Stimme in Europa Gewicht hat, 67 Prozent der Ostdeutschen stimmen dem nicht zu.

Darüber hinaus wurden die Bundesbürger u.a. über die Ratspräsidentschaft, den Grundlagenvertrag, die Klimapolitik und die Globalisierung befragt.

Den vollständigen Bericht finden Sie unter folgendem Link:

[http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/european\\_agenda/eurobarometer\\_fruhjahr\\_2007.pdf](http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/european_agenda/eurobarometer_fruhjahr_2007.pdf)

### Halbzeitbilanz der EU-Industriepolitik: Industrie fit für die Zukunft machen

Globalisierung und technologischer Wandel werden sich in den nächsten Jahren intensivieren. Darüber hinaus muss sich die Industrie vor allem auf die Herausforderungen des Klimawandels einstellen und die Möglichkeiten neuer, energiesparender und Ressourcen schonender Verfahren und Produkte nutzen: In ihrer am 4. Juli vorgelegten Halbzeitbewertung der Industriepolitik verweist die Kommission unter anderem auf diese Herausforderungen. Sie zieht darin eine Zwischenbilanz der seit ihrer Mitteilung aus dem Jahr 2005 erzielten Ergebnisse und stellt eine Strategie für die Industriepolitik der kommenden Jahre vor. Durch eine Industriepolitik auf EU-Ebene, die die Maßnahmen der einzelnen Mitgliedstaaten ergänzt, wird laut Kommission ein unverkennbarer Mehrwert erzielt. Die Kommission sieht keinen Anlass für eine grundlegende Änderung der Industriepolitik.

Auf die oben genannten Herausforderungen sollte jedoch verstärkt eingegangen werden, um Europas Industrie fit für die Zukunft zu machen. *„Allerdings ist davon auszugehen, dass die Haltung der Kommission in Teilen wegen der neuen Industriepolitik, von Präsident Sarkozy ausgehend, nicht lange halten wird.“* (Erika Mann)

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1007&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### Europäisches Parlament für Satellitenprojekt Galileo

Das Europäische Parlament bekundet in einer Entschließung sein "nachdrückliches Engagement" für Galileo, das unter der Verantwortung der EU fortgeführt und vollständig aus dem EU-Haushalt finanziert werden solle, um die von EU-Verkehrskommissar Jacques Barrot bis 2013 auf 2,4 Milliarden Euro bezifferte Lücke zu schließen.

*Eine Entscheidung über die Verwirklichung von Galileo wollen Rat, Kommission und das EP im Herbst 2007 fällen. Zurzeit werden zwei Optionen diskutiert: Einmal eine Teilfinanzierung aus dem EP-Haushalt und zweitens die oder Komplettfinanzierung über bestimmte EU Staaten durch ESA. „Ich stehe beiden Vorschlägen aufgeschlossen gegenüber. Hauptsache Galileo wird zügig begonnen. Solange gewährleistet ist, dass das EP eine Teilmitbestimmung bekommt.*

*Ausführliches hierzu wird Ihnen mitgeteilt.*

*Auch aus niedersächsischer Sicht ist Galileo von großer Bedeutung, da der Forschungsflughafen Braunschweig an der Entwicklung beteiligt ist.*

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2007-0272+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

siehe auch Mai Newsletter 2007: <http://erikamann.com/assets/dokumente/Newsletter - Mai 2007.pdf>

## Übernahme auf dem Stahlmarkt:

Den geplanten Verkauf des französischen Herstellers von Präzisionsstahlrohren Vallourec Précision Etirage S.A.S. (VPE) und des Stahlwerks Zeithain (Zeithain) durch die Gesellschaft Vallourec SA (Vallourec) an die Salzgitter AG wurde von der EU-Kommission genehmigt. Die geplante Übernahme wurde von der Kommission dahingehend untersucht, ob es zu einer Wettbewerbsverzerrung im Europäischen Wirtschaftsraum kommen könnte. Dies ist aber nicht der Fall.

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/index\\_7170\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/index_7170_de.htm)

## Neuer EU-Sonderbeauftragter für Bosnien und Herzegowina

Der Rat hat einen Beschluss zur Ernennung von Herrn Miroslav Lajčak zum Sonderbeauftragten der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina für den Zeitraum vom 1. Juli 2007 bis zum 29. Februar 2008 angenommen (10096/07). Herr Lajčak tritt die Nachfolge von Herrn Christian Schwarz-Schilling an, der am 30. Januar 2006 zum Sonderbeauftragten ernannt wurde.

[http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/de/gena/94831.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/gena/94831.pdf)

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/index\\_7156\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/index_7156_de.htm)

## EU-Kommission veröffentlicht neuen Beihilfeanzeiger

Der Wettbewerb und Handel innerhalb der EU werden immer noch sehr durch rechtswidrige Beihilfen geschädigt, dies ist das Ergebnis der Frühjahrsausgabe 2007 des Anzeigers für staatliche Beihilfen. Die Analyse des Anzeigers basiert auf rund 600 Kommissionsentscheidungen über rechtswidrige Beihilfen, die in den letzten sieben Jahren erlassen wurden. Rechtswidrige Beihilfen sind die, die von Mitgliedstaaten gewährt wurden, ohne vorab bei der Kommission angemeldet zu sein oder bevor die Kommission eine abschließende Entscheidung erlassen hat. Deutschland gehört zu den Mitgliedstaaten, die besonders häufig gegen das Beihilferecht verstoßen.

[http://ec.europa.eu/comm/competition/state\\_aid/studies\\_reports/2007\\_spring\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/comm/competition/state_aid/studies_reports/2007_spring_de.pdf)

## Einigung über modernisierten Zollkodex der Gemeinschaft

Die EU-Mitgliedstaaten konnten über einen Entwurf zum zukünftigen Zollkodex der EU eine politische Einigung finden. Durch die geplante Modernisierung werden die Rechtsvorschriften vereinfacht und die Zollverfahren gestrafft, was den Zollbehörden ebenso wie den Wirtschaftsbeteiligten zugute kommt. Das Europäische Parlament muss der Einigung noch in zweiter Lesung zustimmen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st10/st10911.de07.pdf>

## Keine Mehrheit zu Genmais 59122 (Herculex RW)

Da im Ständigen Ausschuss für die Nahrungsmittelkette und die Tiergesundheit keine Mehrheitsentscheidung für oder gegen die Zulassung des Genmais 59122 gefunden werden konnte, wird die Entscheidung nunmehr dem Ministerrat übertragen. Dieser hat nun drei Monate Zeit, eine Einigung zu erzielen. Die Europäische Nahrungsmittelagentur hat am 02. April 2007 ein positives Votum abgegeben. Bei dem Genmais 59122 handelt es sich um eine Version eines so genannten Bt-Maises. Der Bt-Mais ist eine Variante, in die ein Gen des Bakterium *Bacillus thuringiensis* eingeschleust wurde. *Bacillus thuringiensis* ist ein weltweit verbreitetes Bodenbakterium, das ein Gift (Bt-Toxin) produziert, welches spezifisch auf verschiedene Insekten, vor allem auf die Larven des Maiszünslers (*Ostrinia nubilalis*) und des westlichen Maiswurzelbohrers, wirkt.

[http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/index_en.htm)

## EUtube

Die Europäische Kommission hat seit kurzer Zeit eine eigene Seite bei "youtube" eingerichtet, mit der insbesondere die Jugend angesprochen werden soll. Aufsehen erregte ein Clip mit Sexszenen aus europäischen Filmen. „Dies ist ein nicht so gelungener Werbegag. Nichts desto trotz ist die neue Plattform eine lohnenswerte Seite, weshalb Sie hier auch den link dazu finden können“, so Erika Mann.

<http://www.youtube.com/eutube>

## Nützliche Informationen

Im Folgenden möchte ich Sie auf einige Berichte und Informationsquellen aufmerksam machen, die für Ihre Arbeit nützlich sein können:

**Europa 2007:** Jubiläumsausgabe: 50 Jahre EU

<http://europarl.de/service/bestelliste.jsp>

**Unterwegs in Europa:** Ein Faltblatt, auf dem Sie viele nützlichen Informationen zu Ihrer Reise innerhalb der EU finden können

[http://bookshop.europa.eu/eubookshop/FileCache/PUBPDF/NA6905383DEP/NA6905383DEP\\_002.pdf](http://bookshop.europa.eu/eubookshop/FileCache/PUBPDF/NA6905383DEP/NA6905383DEP_002.pdf)

Weiteres zu Reisen in Europa: [http://europa.eu/abc/travel/index\\_de.htm](http://europa.eu/abc/travel/index_de.htm)

### *Hinweise auf wichtige Termine in der Region*

**5. Juli, 19:30 Uhr**

Nach der deutschen EU-Präsidentschaft: Erika Mann zieht Bilanz  
SPD Marienburger Höhe/Itzum  
MTV-Clubhaus  
Marienburger Str. 90 B  
31141 Hildesheim

**7. Juli, 15:00 Uhr**

60 Jahre Kreisverband Europa Union Hameln Pyrmont  
Aula der Elisabeth-Selbert-Schule  
Münsterkirchhof 6  
31785 Hameln

**13. Juli, ab 14:00 Uhr**

365 Orte im Land der Ideen  
Otto Bock HealthCare GmbH  
Max-Naeder-Str. 15  
37115 Duderstadt

**14. Juli, ab 9:30 Uhr**

SPD-Unterbezirksparteitag Peine  
Forum Peine  
Winkel 30  
31224 Peine

In der zweiten Augushälfte werde ich zahlreiche Termine in der Region wahrnehmen.

Hierzu werden Sie gesondert informiert.

### *Hinweis auf wichtige Termine in Brüssel oder "dem Rest der Welt"*

Im August werde ich zu Gesprächen in Mexiko und Finnland sein

Arbeitsschwerpunkte von Erika Mann:

Handelspolitik, insbesondere Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation,  
Beziehungen EU - Mexiko und transatlantische Beziehungen (EU - USA, EU - Kanada),  
Informationsgesellschaft (elektronischer Geschäftsverkehr, Urheberrecht, Internet) und Telekommunikationspolitik,  
Forschungspolitik